

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:238946-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2021/S 092-238946**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.schulbau.hamburg/ausschreibungen/>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/ffcab1ab-43d1-45bb-ae73-89750cd0ed62>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/ffcab1ab-43d1-45bb-ae73-89750cd0ed62>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Neubau, Umbau und Sanierung zur 5-Zügigkeit der Grundschule am Standort Trenknerweg 136 – Objektplanung gem. §§ 33 HOAI mit Lösungsskizze

Referenznummer der Bekanntmachung: SBH VgV VV 096-21 IG

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die ca. 350 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, zur Realisierung der 5-Zügigkeit einen Zubau zu errichten sowie Umbaumaßnahmen und Sanierungen im Bestand an der Grundschule Trenknerweg durchzuführen.

Im Weiteren siehe Ziffer 2.4. der Bekanntmachung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 325 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE600 Hamburg

Hauptort der Ausführung:

Hamburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Schulbau Hamburg wurde beauftragt, die 5-Zügigkeit in der Grundschule Trenknerweg 136 durch einen Neubau (Gebäude 08) sowie durch Umbauten in den Gebäuden 01, 05 sowie 06 herzustellen. Zudem sollen die Sporthalle (Gebäude 03) und der Klassentrakt (Gebäude 05) saniert werden. Das betreffende Flurstück 3156 weist eine Gesamtfläche von 28 692 m² auf, die derzeitige Gebäudefläche beträgt insgesamt 6 189,94 m². Der Schulstandort steht mit Ausnahme des Neubaus (Mehrzweckhalle, Gebäude 07) unter Denkmalschutz. Die Gebäude 01 (Verwaltungsgebäude), 03 (Sporthalle) und 06 (derzeitig Vorschulgebäude) sind eingeschossig. Die Klassengebäude 04, 05 und der Neubau (Mehrzweckhalle, Gebäude 07) sind zweigeschossig. Die Grundschule Trenknerweg hat ein Zirkusprofil und verfolgt damit ein besonderes pädagogisches Konzept, welches bei der Umsetzung des Neubaus (Geb. 07) berücksichtigt wurde. Dieser Neubau wurde von Schröder Architekten aus Bremen, realisiert. Das vorgenannte Büro ist von der Teilnahme an dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Zubau:

Zur Erreichung der 5-Zügigkeit sollen rund 656 m² zusätzliche Flächen durch einen Zubau neben dem bereits errichteten Neubau (Gebäude 07) hergestellt werden. In diesem Gebäude sollen alle Lehrer- und

Verwaltungsflächen mit Koordinierungsbüro zusammengefasst werden. Zusätzlich wird ein Klassenraum geschaffen.

Umbauten:

Das derzeitige Verwaltungsgebäude-01 soll zukünftig zur Unterbringung der 3 Vorschulklassen dienen. Zudem soll der Rückbau des Fachraums im Gebäude 06 ein weiteres Jahrgangshaus ermöglichen. Im Gebäude 05 ist kompensierend der Fachraum im Klassenraum einzurichten. Zudem ist im Gebäude 05 anstatt der bestehenden Lehrküche ein Forscher- und Entdeckerraum zu bauen.

Sanierungen:

Das Klassengebäude-05 und die Sporthalle-03 (Seitz-Bau) sollen im Rahmen der geplanten Sanierung grundlegend energetisch optimiert werden. Des Weiteren sollen die Räumlichkeiten durch Umbauten den aktuellen Bedürfnissen der Schule angepasst werden. Sanierungsziel ist es, die Gebäude in einen Zustand zu versetzen, der eine Sicherung des Zustands im Rahmen der regelmäßigen Instandhaltung ermöglicht.

Vorstudie

Für die bestellte Fläche und dessen Nutzungen wird eine Vorstudie erstellt. Auf Wunsch des Denkmalschutzamtes soll der Standort des Zubaus in Zusammenhang mit dem bereits erfolgten Neubau stehen. Hierfür wird derzeit der Standort nördlich oder südlich des Neubaus-07 untersucht. Auf dem Schulgrundstück ist der Baumbestand prägend und daher auch für das Baufeld mitbestimmend. Es sollen insbesondere der Schutz der erhaltenswerten Bäume berücksichtigt und die Fällung von Bäumen möglichst vermieden werden. Die Wegeführung und Feuerwehrezufahrt vom Trenknerweg zu den Bestandsgebäuden müssen erhalten bleiben.

Das Büro KLETA GmbH, Hamburg, erstellte zur Klärung des Baufelds für den Zubau eine Vorstudie. Die Vorstudie wird (mind. in Teilen) den Bietern mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt.

Denkmalschutzrechtliche Belange

Alle Bestandsgebäude außer Gebäude 07 sind in den 1950er- und 1960er-Jahren entstanden und stehen unter Denkmalschutz, gleiches gilt für die Außenanlagen (Ensembleschutz). Die in 2016 erbaute Mehrzweckhalle (Gebäude 07) genießt keinen Denkmalschutz. Vorabstimmungen mit dem Denkmalschutz für den Zubau und dem Umbau wurden bereits geführt. Für das VgV zur Objektplanung wird vom AG vorausgesetzt, dass die

Bieter bereits Erfahrungen mit Bautätigkeiten in Zusammenhang mit denkmalgeschützten Gebäuden besitzen. Die Baumaßnahmen sind in enger Abstimmung mit dem Amt für Denkmalschutz zu planen.

Terminplan

Neubau: Der Baubeginn ist in 2024 vorgesehen, die Fertigstellung in 2025.

Umbauten: Nach dem Neubau sind die Umbauten in den Jahren 2025-2026 in den Gebäuden 01,05 und 06 vorgesehen.

Sanierungen: Für Gebäude 05 sieht der Rahmenplan eine Sanierung in der Zeit von 2025 bis 2026 vor. Für das Gebäude 03 ist die Sanierung im Jahre 2026 vorgesehen.

Projektbudget

Das Projektbudget für die KG 200-700 beträgt ca. 4 619 642,62 EUR brutto. Die Kosten für die KG 300 betragen ca. 2 717 748 EUR brutto, für die KG 400 ca. 761 285,61 EUR brutto.

Die Planung ist dem vorgegebenen Kostenrahmen anzupassen.

Zu vergebende Leistung; Alle Baumaßnahmen

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

— Leistungsphase 2 gem. § 34 HOAI,

— Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Besondere Leistungen gem. § 33 HOAI:

— Bestandsaufnahme,

— Höhenaufmaß mit Berücksichtigung der Bestandshöhen in Bezug auf direkt angrenzende Räume/Bauteile,

— Anfertigen von Perspektivische Darstellungen bzw. Visualisierungen,

— Analyse von mindestens 3 verschiedenen Fassadenvarianten und deren Wertung mit Kostenuntersuchung (-optimierung).

Vertreter des Denkmalschutzamtes, der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Schule sowie die externe Projektsteuerung KLETA GmbH, Hamburg, werden ggf. neben dem Auswahlgremium des Auftraggebers in beratender Funktion an den Vergabeverhandlungen teilnehmen.

Hinweis: Zum Schutz aller am Verfahren Beteiligten vor den mit der Verbreitung von COVID-19 einhergehenden Gesundheitsgefahren behält sich der AG vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV).

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das büro lucherhandt & partner, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert und Qualität / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Qualität der Lösungsskizze / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Kommunikation und Verfügbarkeit / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Preis / Honorar / Gewichtung: 30

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 325 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 66

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2015) mit Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-4 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-8 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-4 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 36 Punkte erreicht werden.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

— Leistungsphasen 3 bis 9 gem. § 34 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Besondere Leistungen gem. § 33 HOAI:

— Bestandsaufnahme,

— Höhenaufmaß mit Berücksichtigung der Bestandshöhen in Bezug auf direkt angrenzende Räume/Bauteile,

— Anfertigen von Perspektivische Darstellungen bzw. Visualisierungen,

— Analyse von mindestens 3 verschiedenen Fassadenvarianten und deren Wertung mit Kostenuntersuchung (-optimierung).

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- ausgefüllter Bewerberbogen,
 - Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie),
 - Anlage 1B: Erklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck),
 - Anlage 1C: Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/Zusammenarbeit (Vordruck),
 - Anlage 1D: Erklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck),
 - Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck),
 - Anlage 1F: Erklärung zu einer vergaberechtlichen Fortbildung durch eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B/C (Vordruck, ältestens April 2016),
 - Anlage 1G: Erklärung zur Fortbildung durch eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum Barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (Vordruck),
 - Anlage 1H: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck),
 - Anlage 1I: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
 - Anlage 1J: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck),
 - Anlage 1K: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck),
 - Anlage 2A: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie), bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2,
 - Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck),
 - Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie),
 - Anlage 3A2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung (Kopie),
 - Anlage 3B: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Objektplanung gem. §§ 33 HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) inkl. Eigenerklärung zur Leistungserbringung oder Referenzschreiben,
 - Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten 3 Geschäftsjahren (Vordruck).
- Näheres siehe Auswahlbogen.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterschreiben. Etwaige Unterschriftserfordernisse von weiteren Bietern einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen im Original zu unterzeichnen und als gescannte Anlage einzureichen.

Insoweit werden nur hierfür gescannte Unterschriften zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Näheres siehe Verfahrenshinweise, diese sind zwingend zu beachten und bindend.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Aktueller Nachweis Berufshaftpflichtversicherung.

Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

B) Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verwaltungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden).

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Zu B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. §§ 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 300.000 EUR (netto) erreichen.

Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige und zeitgerechte Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen,

B) Qualifikation des verantwortlichen Projektleiters,

C) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten,

D) Nachweis über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV.

Zu B) Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH).

Zu C) Öffentlicher Auftraggeber.

Zu D) Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind 3 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. §§ 33 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 10/06/2021

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Fragen & Antworten“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>

Hinter dem „Link Bieterportal“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Registrierung im Bieterportal reichen Sie Ihre Bewerbung bitte rein elektronisch ein. Teilnahmeanträge und Angebote können ausschließlich elektronisch abgegeben werden.

Der mit dieser Bekanntmachung in Ziffer I.3) publizierte, direkte Link zu den Vergabeunterlagen ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung korrekt. Sofern sich Änderungen ergeben, wird er hingegen nicht aktualisiert. Die dann aktuellen Vergabeunterlagen sind somit im Änderungsfall nicht mehr über den Link aus dieser Ziffer I.3) erreichbar.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“ während des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs finden Sie zudem auf der Homepage des Unternehmens SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>

Ein Versand der „Fragen und Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bewerber/Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Elektronische Teilnahmeanträge werden bei Unterzeichnung in Textform als unterzeichnet anerkannt. Für alle weiteren, ggf. erforderlichen Unterzeichnungen (z. B. bei Bietergemeinschaften) werden gescannte Unterschriften als gültig anerkannt.

Die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie zur finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation in eVergabe.

Hinweis: Zum Schutz aller am Verfahren Beteiligten vor den mit der Verbreitung von COVID-19 einhergehenden Gesundheitsgefahren behält sich der AG vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV). Die Bereitschaft zur Teilnahme an digitalen Verhandlungen wird vorausgesetzt.

Zum Schutz aller mit der Leistungserbringung befassten Personen sowie der sich vor Ort aufhaltenden Personen vor den Risiken, die mit COVID-19 einhergehen können, wird auf das den Vergabeunterlagen beigefügte „Hinweisblatt: Handhabung von Bauablaufstörungen“ sowie die Verfahrenshinweise verwiesen. Sollten aufgrund der derzeitig vorherrschenden, pandemischen (SARS-CoVid 19) Bedingungen Nachweise nicht zu erbringen sein, ist eine Eigenerklärung einzureichen, in welcher der Umstand dargestellt wird und erklärt wird, den/die Nachweise sobald als möglich nachzureichen. Bitte bemühen Sie sich dahingehend

frühzeitig auch um diejenigen Nachweise, die bei etwaiger Aufforderung zur Angebotsabgabe mit dem Honorarangebot einzureichen sind.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass an staatlichen Schulen in Hamburg die Anmelde- und Maskenpflicht besteht.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:
Versendung der Angebotsaufforderung in der 25./26. KW 2021, Einreichung der Erstangebote in der 30./31. KW 2021, unter o. g. Vorbehalt: Verhandlungsgespräche in der 32./33. KW 2021

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Hinsichtlich der Anforderungen bzw. geforderter Mindeststandards gelten die Dokumente bei Regelungslücken bzw. Widersprüchen in nachfolgender Reihenfolge:

- 1) Auswahlbogen,
- 2) Bekanntmachung,
- 3) Bewerberbogen,
- 4) Angebotsaufforderung,
- 5) Verfahrenshinweise.

Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sind zwingend zu beachten und bindend.

Um die Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten, erfolgt die rechnerische Prüfung der Honorarangebote unter Berücksichtigung des zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung gültigen Umsatzsteuersatzes.

Bei Ihrer Rechnungsstellung beachten Sie bitte, dass die Leistung umsatzsteuerlich (Lieferung /sonstige Leistung) mit deren Ausführung entsteht. Es gilt der jeweils gültige Steuersatz zum Abschluss des Zeitraumes der Leistungserbringung. Einzelne Leistungsphasen werden als Teilleistungen verstanden.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift: Neuenfelder Straße 19

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de

Telefon: +49 40428403230

Fax: +49 40427310499

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg – Rechtsabteilung U 1

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Ort: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Fax: +49 40427310143

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

07/05/2021